

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesmitgliederversammlung (dort beschlossen am: 07.04.2024)

Titel: Wohnungen denen, die drin wohnen!

Antragstext

1 Wohnen ist zum Luxus geworden! Die Mieten steigen ins Unbezahlbare, auf dem
2 Rücken von uns Mieter*innen wird Profit gemacht und viel zu oft stehen Menschen
3 vor der Frage, wie sie das alles noch bezahlen sollen. Dabei ist Wohnen ein
4 Menschenrecht. Niemand sollte mehr als die Hälfte seines Einkommens für die
5 Miete ausgeben müssen und damit auch noch andere reich machen. Wir sagen klar:
6 Zeit, dass sich was dreht!

Keine Profite mit der Miete!

8 Über die Hälfte der Bevölkerung in NRW lebt zur Miete. In den letzten zehn
9 Jahren sind die Mieten um mehr als 35% gestiegen. Menschen in NRW geben im
10 Schnitt 30% ihres Einkommens fürs Wohnen aus. Für ein WG-Zimmer in Köln zahlen
11 wir durchschnittlich 550 Euro - die Bafög-Pauschale für Wohnen beträgt aber nur
12 360 Euro monatlich. Während wir schauen müssen, wie wir am Ende des Monats die
13 Miete zahlen, machen große Wohnungskonzerne wie Vonovia und Co. dicke Gewinne.
14 Das ist extrem ungerecht! Mieter*innen müssen besser vor Wuchermieten geschützt
15 werden. Doch die Mietpreisbremse in NRW ist viel zu schwach und gilt gerade mal
16 in 18 Gemeinden - von insgesamt 396! Zwar soll die Anzahl der Gemeinden dieses
17 Jahr noch erhöht werden, aber klar ist trotzdem: Vor krassen Mieterhöhungen sind
18 wir dadurch nicht sicher.

Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

- Schluss mit Wuchermieten in NRW: Es braucht eine wirksame Mietpreisbremse

21 im ganzen Land.

- 22 • Mehr Sicherheit für Mieter*innen: Wir fordern einen starken Mieterschutz,
23 der alle gut absichert.

24 **Wo sozialer Wohnungsbau?!**

25 Ein Grund für die dramatische Lage auf dem Wohnungsmarkt in NRW ist, dass mehr
26 Sozialwohnungen aus der Preisbindung fallen, als neue dazukommen. Schätzungen
27 zufolge sind bis 2030 nur noch ungefähr die Hälfte der aktuell vorhandenen
28 Sozialwohnungen in der Mietpreisbindung. Staatlich geförderte Wohnungen gehen
29 dann in Privatbesitz über. Das bedeutet im Grunde: Der Staat fördert den Aufbau
30 von privatem Vermögen. Komplette absurd! Gleichzeitig werden deutlich weniger
31 neue Sozialwohnungen geschaffen, als benötigt. Schätzungen des Mieterbundes
32 zufolge braucht es mindestens 25.000 neue Sozialwohnungen in NRW jährlich. Davon
33 ist die Landesregierung weit entfernt.

34 Besonders für Menschen, die auf dem Wohnungsmarkt massive Diskriminierung
35 erleben, braucht es aber dringend mehr Sozialwohnungen. Denn für migrantisierte
36 Menschen, queere Menschen, Alleinerziehende oder Menschen mit geringem Einkommen
37 ist es extrem schwierig, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Menschen mit
38 Behinderung haben zusätzlich die Schwierigkeit, barrierefreien Wohnraum zu
39 finden - das ist an vielen Orten fast unmöglich. Das Land ist in der
40 Verantwortung, hier endlich zu handeln. Wir brauchen bezahlbare Wohnungen für
41 alle, ein Ende der Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt und ausreichend
42 barrierefreien Wohnraum.

43 Doch statt einen Plan für massiven Ausbau vorzulegen, kündigt Ministerin
44 Scharrenbach an, die zulässigen Mieten für neu gebaute Sozialwohnungen
45 anzuheben. Geht's noch? Als ob Menschen mit niedrigem Einkommen durch steigende
46 Lebensmittel- und Energiepreise nicht schon genug belastet wären, wird es für
47 viele jetzt noch schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden.

48 **Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:**

- 49 • Her mit dem Geld für gutes Wohnen: Das Land muss jetzt in dauerhaft
50 bezahlbaren Wohnraum investieren. Dafür braucht es den Einsatz einer
51 Landeswohnungsbaugesellschaft.
- 52 • Das Land darf die Mieten für Sozialwohnungen nicht anheben:
53 Sozialwohnungen müssen bezahlbar bleiben!

54 **Der Markt regelt gar nichts!**

55 Preisgebundene Sozialwohnungen, Mietpreisbremse oder Kündigungsschutz können
56 aber nur Abhilfe schaffen und nicht das grundsätzliche Problem lösen: nämlich,
57 dass Wohnen vom Markt geregelt und damit der Profitgier von Konzernen überlassen
58 wird. In der aktuellen Situation übersteigt die Nachfrage dauerhaft das Angebot
59 und für Unternehmen lohnt es sich wegen gestiegener Kosten quasi nur noch
60 Wohnungen im Luxussegment zu bauen. Menschen müssen stundenlang pendeln und
61 teils schlechte bis nicht vorhandene Anbindung an Bus und Bahn in Kauf nehmen,
62 weil sie keine Wohnung in der Nähe ihres Arbeitsplatzes oder der nächsten
63 Nahversorgungsmöglichkeit finden. Das zeigt mal wieder deutlich: Der Markt
64 regelt gar nichts! Irgendwo wohnen müssen wir alle, soviel ist klar. Aber dass
65 Konzerne damit Profite machen, Investor*innen mit Leerstand kalkulieren und
66 Vermieter*innen über unser Leben bestimmen - all das müsste nicht so sein. Wir
67 fordern: Vonovia und Co. vergesellschaften. Wohnen ist ein Grundrecht und gehört
68 in die öffentliche Hand. Damit die Wohnungen wieder denen gehören, die drin
69 wohnen!

V2

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesmitgliederversammlung (dort beschlossen am: 07.04.2024)

Titel: Stabile Verbandsstrukturen für die Zukunft – Prüfauftrag an den Landesvorstand

Antragstext

1 Die Landesmitgliederversammlungen unseres Verbandes sind in den vergangenen
2 Jahren immer weiter gewachsen. Mittlerweile nehmen regelmäßig bis zu 200
3 Personen teil. Es ist toll, dass wir als Verband wachsen und das Interesse an
4 unseren Landesveranstaltungen groß ist. Gleichzeitig stellt uns das auch vor
5 enorme Herausforderungen: Denn während wir wachsen, steigen auch die
6 Anforderungen an unsere Veranstaltungen selbst. Insbesondere die für die Planung
7 und Durchführung erforderlichen finanziellen und organisatorischen Kapazitäten
8 stoßen an ihre Grenzen: Während wir noch 2017 eine Landesmitgliederversammlung
9 mit etwa 7.000€ durchführen konnten, sind die Kosten für Unterkunft, Verpflegung
10 und Tagungsräume bis heute drastisch angestiegen. Diesmal bezahlen wir für
11 unsere Frühjahrs-Landesmitgliederversammlung 36.000€. Das ist im Schnitt ein
12 Anstieg um 340%. Allein im Vergleich zum Vorjahr müssen wir für dieses Jahr mit
13 Mehrausgaben von über 44% nur für die beiden LMV-Wochenenden kalkulieren,
14 während unsere Einnahmen im selben Zeitraum nur um knapp 4% angestiegen sind.
15 Hier treffen uns Inflation und Preissteigerungen hart.

16 Das stellt uns vor existenzielle Fragen, denn unsere finanziellen Möglichkeiten
17 sind schlichtweg ausgereizt. 2025 werden wir uns aller Voraussicht nach zwei
18 dreitägige Landesmitgliederversammlungen, wie wir sie gewohnt sind, nicht mehr
19 leisten können. Denn während die Preise der Häuser weiter ansteigen werden, tut
20 es unser Haushalt perspektivisch nicht. Wir als Landesvorstand und gesamter
21 Verband stellen immer wieder fest, dass unsere Landesmitgliederversammlungen
22 unseren eigenen Ansprüchen nicht genügen - gerade in Fragen von
23 Barrierefreiheit, den räumlichen Gegebenheiten und dem Erlebnis für die

24 Teilnehmer*innen. Das wollen wir so nicht weiter hinnehmen. **Deshalb wollen wir**
25 **uns als GRÜNE JUGEND NRW fragen, wie unsere Landesmitgliederversammlungen mit**
26 **sicheren Ressourcen und als attraktive Veranstaltungen zukunftsfähig angeboten**
27 **werden können.**

28 **Prüfauftrag & Kriterien**

29 **Dafür beauftragt die Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND NRW den**
30 **Landesvorstand zu prüfen, wie die Landesmitgliederversammlungen gestaltet werden**
31 **können.** Dabei sollen die folgenden Kriterien besonders in den Blick genommen
32 werden:

- 33 • **Wir wollen eine demokratische Entscheidungsfindung als Verband, bei der**
34 **alle Mitglieder die Möglichkeit haben, sich direkt, aktiv,**
35 **gleichberechtigt einzubringen und an Debatten zu beteiligen!** Dazu werden
36 verschiedene Möglichkeiten ergebnisoffen geprüft.
37 Landesmitgliederversammlungen sind dabei der Ort, an dem Entscheidungen
38 final getroffen werden. Doch Debatten im Verband müssen bereits davor
39 beginnen, um eine breite Beteiligung zu ermöglichen.

- 40 • **Wir wollen so inklusive Veranstaltungen wie möglich, an denen alle**
41 **entsprechend ihren Bedarfen teilnehmen können und sich wohlfühlen.** Das
42 betrifft sowohl Fragen von Barrierefreiheit, aber auch
43 Jugendschutzkonzepte. Ebenso soll die Teilnahme mit möglichst geringen
44 finanziellen Hürden verbunden sein und hohe Teilnahmebeiträge vermieden
45 werden.

- 46 • **Wir wollen, dass unsere Landesmitgliederversammlungen mit einer sicheren**
47 **und nachhaltigen Finanzierung gut planbar stattfinden können.** Die
48 **organisatorischen Kapazitäten vom Landesvorstand und der**
49 **Landesgeschäftsstelle sollen nicht weiter überreizt werden.** Die hohen
50 Kosten und der organisatorische Aufwand schränken uns als Verband
51 letztlich in der weiteren politischen Arbeit ein.

- 52 • **Wir wollen, dass unsere Landesmitgliederversammlungen ein**
53 **Verbandshighlight bleiben, auch in die Öffentlichkeit hinein!** Denn rund um
54 die Landesmitgliederversammlungen erreichen wir mit unseren Positionen und
55 Forderungen eine Öffentlichkeit über die GRÜNE JUGEND NRW hinaus.

56 **Ablauf & Beteiligung des Verbandes**

57 Der Landesvorstand soll dafür zunächst in **Phase 1** mögliche **Planungsoptionen**
58 **ausarbeiten**. Diese werden anhand der oben genannten Kriterien evaluiert. Über
59 den Arbeitsstand und die Ergebnisse der Prüfung informiert der Landesvorstand
60 bis zur Sommerpause.

61 Nach der Sommerpause sollen in **Phase 2** die **Ergebnisse in den Verband getragen**
62 **und erste Diskussionsräume** eröffnet werden. Dafür nutzen wir insbesondere die
63 bestehenden Schnittstellen zwischen der Landes- und Kreisverbandsebene, wie die
64 Kreisverbands-Landesverbands-Treffen und die Ämtervernetzungen. Den
65 Kreisvorständen kommt in dieser Zeit die Verantwortung zu, die Mitgliedschaft
66 vor Ort informiert zu halten und Stimmungen in den Kreisverbänden aufzunehmen
67 und weiterzutragen.

68 Schließlich folgt **Phase 3**, in der **niedrigschwellige Beteiligungsformate sowohl**
69 **in den Kreisverbänden, wie auch von Landesebene** aus angeboten werden. Der
70 Landesvorstand schafft hier Angebote, die der Breite des Verbandes eine
71 Teilnahme an der Diskussion über die zukünftige Gestaltung der
72 Landesmitgliederversammlung ermöglichen. Dazu nutzt er auch hybride, sowie
73 online Beteiligungsformate um ortsunabhängiges Mitwirken zu ermöglichen. Ebenso
74 soll er Kreisvorstände dabei unterstützen, diese Debatte vor Ort zu führen.

75 In **Phase 4** erfolgt schließlich basierend auf der vorangegangenen Debattenphase
76 die **Entscheidungsfindung und Beschlussfassung**. Auf der
77 Landesmitgliederversammlung im Herbst 2024 soll der Landesvorstand umfassend
78 über die Ergebnisse des Prüfauftrages wie auch die vorangegangene Diskussion im
79 Verband berichten. Auf dieser Grundlage trifft die Landesmitgliederversammlung
80 im Herbst 2024 eine Entscheidung darüber, wie die Landesmitgliederversammlungen
81 ab dem Verbandsjahr 2025 ausgestaltet werden sollen. Dabei ist zu gewährleisten,
82 dass die Teilnahme an dieser Entscheidung für alle Mitglieder grundsätzlich
83 möglich sein muss und nicht an fehlender Barrierefreiheit scheitern darf. Der
84 Landesvorstand wird mit der organisatorischen Vorbereitung verschiedener
85 Optionen für das Jahr 2025 beauftragt. Ebenso soll der Landesvorstand den
86 Entscheidungsprozess vor und auf der Landesmitgliederversammlung im Herbst
87 sinnvoll strukturieren.

V3

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesmitgliederversammlung (dort beschlossen am: 07.04.2024)

Titel: Gesundheit statt Profite!

Antragstext

1 Das Gesundheitssystem wurde in den vergangenen Jahrzehnten systematisch
2 unterfinanziert, sodass nicht nur massenhafte Klinikinsolvenzen in Kauf genommen
3 wurden, sondern auch durch Privatinvestor*innen, Profite auf Kosten unserer
4 Gesundheit gemacht werden.

5 Ambulante oder digitale Behandlungsmethoden treiben das Kliniksterben voran und
6 werden oft als unvermeidliche Modernisierungsmaßnahmen dargestellt, für uns ist
7 jedoch klar: über die Behandlungsmethode entscheiden nicht die Kosten, sondern
8 der Nutzen für die Patient*innen! Ein gutes Gesundheitssystem heißt: Das Wohl
9 der Menschen als oberste Priorität!

10 Keine pauschalen Patient*innen

11 Wie die Neoliberalisierung der Kliniken die Qualität der Gesundheitsversorgung
12 immer weiter verschlechtert, zeigt sich besonders am Fallpauschalen-System.
13 Bestimmt werden diese Fallpauschalen, indem für Erkrankungen Kategorien erstellt
14 werden, die anschließend die Verweildauer der erkrankten Person im Krankenhaus
15 entscheidet. Aus diesem Grund tendieren Krankenhäuser dazu, Patient*innen
16 möglichst früh zu entlassen, um den größtmöglichen Gewinn zu erzielen.

17 Eine Alternative? Gibt es! Das Finanzierungsmodell der Selbstkostendeckung wurde
18 bis 1992 angewandt und im Zuge einer stetigen Neoliberalisierung und daraus
19 folgenden Privatisierungen abgeschafft. Bei diesem werden Pflegesätze für
20 Krankenhäuser nach Personal, Sachmitteln und Krankenhausbetrieb berechnet, nicht

21 etwa nach erbrachter Leistung.

22 Wir fordern: Bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung statt Fallpauschalen! Das
23 bedeutet die Wiedereinführung einer aktualisierten Selbstkostendeckung, die
24 Outsourcing von Kosten und Unterwanderung von Tarifverträgen verhindert, sowie
25 eine gute Gesundheitsversorgung für alle ermöglicht.

26 **Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen – jetzt!**

27 Katastrophale Arbeitsbedingungen und massiver Personalmangel: nicht zuletzt die
28 Pandemie hat gezeigt, dass in NRW laut Ver.di 20.000 Fachkräfte in
29 Krankenhäusern fehlen. Überstunden, belastungsbedingte Krankheiten und die
30 Konfrontation mit menschenunwürdigen Verhältnissen lassen Pflegekräfte aus dem
31 Job ausscheiden und machen ihn unattraktiv für Ausbildungssuchende.

32 Doch gerade damit die Attraktivität des Berufs wieder steigt, braucht es eine
33 massive Entlastung der Pflegekräfte im Arbeitsalltag und damit mehr Pflegekräfte
34 je Patient*in.

35 Wir fordern: Solidarität statt gesellschaftlichem Druck auf die Pflege: Auch
36 Pflegende dürfen ohne schlechtes Gewissen streiken! Es braucht mehr Personal,
37 Entlastung und mehr Lohn jetzt!

38 Ein Reformversuch wurde 2022 mit dem Tarifvertrag-Entlastung durch die
39 Beschäftigten von sechs Unikliniken in NRW nach wochenlangen Tarifverhandlungen
40 erstritten. Dies war der längste Arbeitskampf in der Geschichte des
41 Gesundheitssystems in NRW. Er legt unter anderem das Verhältnis zwischen
42 Beschäftigten und Erkrankten auf verschiedenen Stationen fest und sieht freie
43 Tage als Belastungsausgleich vor. Die Bilanz des Tarifvertrages ist nach einem
44 Jahr jedoch ernüchternd. Der Vertrag konnte keine signifikanten Veränderungen
45 bewirken: Personalmangel bleibt weiterhin bestehen und die Bewerkstelligung des
46 Pflegeaufwands kann nicht, oder nur durch Ausbeutung von Leiharbeiter*innen,
47 eingehalten werden. Das Problem reicht tiefer, unsere Krankenhäuser wurden
48 kaputtgespart: Landesweit besteht ein Investitionsbedarf von 34,6 Milliarden
49 Euro!

50 Wir fordern: Schluss mit oberflächlichen und zögerlichen Veränderungen. Wir
51 müssen unser Gesundheitssystem von Grund auf reformieren. Dafür muss das Land
52 massiv investieren und dafür muss sich NRW auf Bundesebene einsetzen.

53 **Echte Hilfsangebote für alle**

54 Wenn es um das Wohl der Patient*innen geht, bleibt die Situation der Menschen
55 mit psychischen Erkrankungen jedoch unbeachtet. Das Gesetz über Hilfen und
56 Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten ermöglicht trotz der Reformen von
57 2017 weiterhin die drastische Einschränkung der Rechte von Menschen mit
58 psychischen Erkrankungen, besonders in "geschützten"Psychiatrien, wo
59 Zwangseinweisungen, -medikationen und Fixierungen traurige Realität sind und
60 nicht selten in rechtlicher Entmündigung enden. **Hier muss auch die besondere
61 Situation von Menschen mit chronischen Erkrankungen, neurodivergenten Menschen,
62 behinderten und anders von Diskriminierung betroffenen Menschen besonders
63 beachtet werden.**

64 Menschen mit psychischen Erkrankungen leiden jedoch nicht nur unter einer
65 Stigmatisierung innerhalb des Gesundheitssystems. Auch sind Bereiche wie
66 Psychiatrien und psychotherapeutische Angebote von einer andauernden Verknappung
67 betroffen. Besonders für queere/LGBTQIA+, migrantisierte und von
68 Marginalisierung betroffene Menschen stehen auch dort (intersektionale)
69 Diskriminierung, unwissende Behandelnde oder Angst vor ärztlichen Besuchen an
70 der Tagesordnung.

71 Wir fordern: Gesundheitssystem auf Augenhöhe statt Entmündigung! Weg mit der
72 Diskriminierung! Es braucht einen massiven Ausbau des psychotherapeutischen
73 Angebots - auf dem Land wie in der Stadt. Her mit echten Hilfsangeboten für alle
74 Menschen!

75 **Gleiches Recht für alle bei der Gesundheitsversorgung**

76 In ländlichen Regionen werden die fehlende Unterstützung des Staates und das
77 Kliniksterben besonders deutlich. Dies erfordert dringend entschlossene
78 Maßnahmen. Die Aufmerksamkeit muss auf die Lage der Bewohner*innen ländlicher
79 Gemeinden gelenkt werden, die zunehmend mit längeren Anfahrtswegen, u.a. durch
80 fehlende Bus- und Bahnverbindungen, eingeschränktem Zugang zu Dienstleistungen
81 und einer schlechten Versorgung konfrontiert sind. Gerade auf dem Land
82 verschärft der dortige demografische Wandel in Kombination mit der finanziellen
83 Benachteiligung den Mangel an Gesundheitsdiensten.

84 Neben der Ungleichheit zwischen Stadt und Land können sich nicht mehr alle
85 Menschen die Versorgung leisten und immer mehr ärztliches Fachpersonal zieht
86 Privatversicherte vor. Es braucht einheitliche Regelung und keine Zwei-Klassen-
87 Gesellschaft in der medizinischen Versorgung!

88 Wir fordern: Ob auf dem Land oder mit schmalem Geldbeutel- gute
89 Gesundheitsversorgung für alle überall!

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesmitgliederversammlung (dort beschlossen am: 07.04.2024)

Titel: Abgestellt statt eingestellt

Antragstext

1 In Deutschland arbeiten rund 270.000 Menschen in über 700 Werkstätten für
2 Menschen mit Behinderung, ein Großteil davon in NRW. Die Werkstätten sollen
3 Menschen Fähigkeiten vermitteln, um am Allgemeinen Arbeitsmarkt teilnehmen zu
4 können. Die Weitervermittlung in den Allgemeinen Arbeitsmarkt liegt jedoch bei
5 unter einem Prozent. Inklusion sieht anders aus!

Widerspruch im System beenden!

7 Dies liegt unter anderem an der Vorgabe zur Wirtschaftlichkeit der Werkstätten
8 und an der sogenannten Ausgleichsabgabe, mit der sich große Unternehmen für
9 wenig Geld von der Pflicht „freikaufen“, Menschen mit Behinderung einzustellen,
10 anstatt strukturelle Änderungen für mehr Inklusion vorzunehmen. Zusätzlich
11 profitieren Unternehmen von der Produktion der Werkstätten durch geringere
12 Kosten und die Möglichkeit, 50% der Ausgleichszahlungen abzurechnen. Diese
13 Strukturen sind mit dem gesetzlichen Inklusionsauftrag der Werkstätten nicht
14 vereinbar.

15 Deshalb fordern wir, dass...

- 16 • die Werkstätten Menschen mit Behinderung dabei wirklich unterstützen, im
17 Allgemeinen Arbeitsmarkt tätig zu sein.
- 18 • Barrieren im Allgemeinen Arbeitsmarkt abgebaut werden.

- 19
- die Ausgleichsabgabe abgeschafft wird.

20 **Dumpinglohn made in Germany**

21 Während die Beschäftigten ein Werkstattentgelt von 1,46 Euro pro Stunde
22 erhalten, machten die Werkstätten 2022 einen Umsatz von ca. 8 Milliarden Euro.
23 Durch die Ausbeutung von Menschen mit Behinderung können große Unternehmen mit
24 hoher Qualität und dem Siegel „Made in Germany“ werben. Und bei Menschen mit
25 Behinderung, die auf den Allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelt wurden, werden
26 Zuverdienste und das Weihnachtsgeld mit ihrer Grundsicherung verrechnet.

27 Deshalb fordern wir...

- 28
- eine faire Bezahlung der Beschäftigten, mindestens auf Mindestlohn-Niveau.
- 29
- Erhöhung des Freibetrags auf die Grundsicherung.

30 **Streik ist ein Grundrecht!**

31 Beschäftigte in Werkstätten können keine Gewerkschaften gründen oder ihnen
32 beitreten. Anstelle von Betriebsräten gibt es Werkstatträte mit beschränkten
33 Kompetenzen. Außerdem besitzen die Beschäftigten kein Streikrecht, sodass es
34 ihnen nicht möglich ist, aus Protest gegen vorherrschende Bedingungen, die
35 Arbeit niederzulegen.

36 Deshalb fordern wir...

- 37
- Arbeitnehmer*innenrechte für Beschäftigte der Werkstätten.
- 38
- das Streikrecht für Arbeiter*innen in Werkstätten nach Art. 9 Abs. 3 GG.

39 Kurzfristig ist die Angleichung von Lohn und Arbeitnehmer*innen-Rechten eine
40 wichtige Verbesserung für die Beschäftigten der Werkstätten. Langfristig steht
41 für uns als GRÜNE JUGEND NRW aber fest, dass die Werkstätte abgeschafft gehören.
42 Das System ist nicht mit der UN-Behindertenrechtskonvention vereinbar. Die
43 Werkstätten von heute auf morgen zu schließen, würde hunderttausende Menschen in

44 die Erwerbslosigkeit entlassen. Dennoch müssen Menschen mit Behinderung
45 selbstbestimmt leben und arbeiten können. Auf dem sogenannten "zweiten
46 Arbeitsmarkt" ist das jedoch kaum möglich. Damit die Ausbeutung von Menschen mit
47 Behinderung ein Ende hat, müssen auch die Werkstätten der Vergangenheit
48 angehören!

V1

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 09.03.2024)

Titel: Wohnungen denen, die drin wohnen!

Antragstext

1 Wohnen ist zum Luxus geworden! Die Mieten steigen ins Unbezahlbare, auf dem
2 Rücken von uns Mieter*innen wird Profit gemacht und viel zu oft stehen Menschen
3 vor der Frage, wie sie das alles noch bezahlen sollen. Dabei ist Wohnen ein
4 Menschenrecht. Niemand sollte mehr als die Hälfte seines Einkommens für die
5 Miete ausgeben müssen und damit auch noch andere reich machen. Wir sagen klar:
6 Zeit, dass sich was dreht!

Keine Profite mit der Miete!

8 Über die Hälfte der Bevölkerung in NRW lebt zur Miete. In den letzten zehn
9 Jahren sind die Mieten um mehr als 35% gestiegen. Menschen in NRW geben im
10 Schnitt 30% ihres Einkommens fürs Wohnen aus. Für ein WG-Zimmer in Köln zahlen
11 wir durchschnittlich 550 Euro - die Bafög-Pauschale für Wohnen beträgt aber nur
12 360 Euro monatlich. Während wir schauen müssen, wie wir am Ende des Monats die
13 Miete zahlen, machen große Wohnungskonzerne wie Vonovia und Co. dicke Gewinne.
14 Das ist extrem ungerecht! Mieter*innen müssen besser vor Wuchermieten geschützt
15 werden. Doch die Mietpreisbremse in NRW ist viel zu schwach und gilt gerade mal
16 in 18 Gemeinden - von insgesamt 396! Zwar soll die Anzahl der Gemeinden dieses
17 Jahr noch erhöht werden, aber klar ist trotzdem: Vor krassen Mieterhöhungen sind
18 wir dadurch nicht sicher.

Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

- Schluss mit Wuchermieten in NRW: Es braucht eine wirksame Mietpreisbremse im ganzen Land.

- Mehr Sicherheit für Mieter*innen: Wir fordern einen starken Mieterschutz, der alle gut absichert.

Wo sozialer Wohnungsbau?!

Ein Grund für die dramatische Lage auf dem Wohnungsmarkt in NRW ist, dass mehr Sozialwohnungen aus der Preisbindung fallen, als neue dazukommen. Schätzungen zufolge sind bis 2030 nur noch ungefähr die Hälfte der aktuell vorhandenen Sozialwohnungen in der Mietpreisbindung. Staatlich geförderte Wohnungen gehen dann in Privatbesitz über. Das bedeutet im Grunde: Der Staat fördert den Aufbau von privatem Vermögen. Komplette absurd! Gleichzeitig werden deutlich weniger neue Sozialwohnungen geschaffen, als benötigt. Schätzungen des Mieterbundes zufolge braucht es mindestens 25.000 neue Sozialwohnungen in NRW jährlich. Davon ist die Landesregierung weit entfernt.

Besonders für Menschen, die auf dem Wohnungsmarkt massive Diskriminierung erleben, braucht es aber dringend mehr Sozialwohnungen. Denn für migrantisierte Menschen, Alleinerziehende oder Menschen mit geringem Einkommen ist es extrem schwierig eine bezahlbare Wohnung zu finden. Auch Menschen mit Behinderung haben oft schlechte Chancen: Eine barrierefreie und günstige Wohnung zu finden ist an vielen Orten fast unmöglich. Das Land ist in der Verantwortung, hier endlich zu handeln.

Doch statt einen Plan für massiven Ausbau vorzulegen, kündigt Ministerin Scharrenbach an, die zulässigen Mieten für neu gebaute Sozialwohnungen anzuheben. Geht's noch? Als ob Menschen mit niedrigem Einkommen durch steigende Lebensmittel- und Energiepreise nicht schon genug belastet wären, wird es für viele jetzt noch schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden.

Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

- Her mit dem Geld für gutes Wohnen: Das Land muss jetzt in dauerhaft bezahlbaren Wohnraum investieren. Dafür braucht es den Einsatz einer Landeswohnungsbaugesellschaft.
- Das Land darf die Mieten für Sozialwohnungen nicht anheben: Sozialwohnungen müssen bezahlbar bleiben!

Der Markt regelt gar nichts!

Preisgebundene Sozialwohnungen, Mietpreisbremse oder Kündigungsschutz können

54 aber nur Abhilfe schaffen und nicht das grundsätzliche Problem lösen: nämlich,
55 dass Wohnen vom Markt geregelt und damit der Profitgier von Konzernen überlassen
56 wird. In der aktuellen Situation übersteigt die Nachfrage dauerhaft das Angebot
57 und für Unternehmen lohnt es sich wegen gestiegener Kosten quasi nur noch
58 Wohnungen im Luxussegment zu bauen. Menschen müssen stundenlang pendeln, weil
59 sie keine Wohnung in der Nähe ihres Arbeitsplatzes finden. Das zeigt mal wieder
60 deutlich: Der Markt regelt gar nichts! Irgendwo wohnen müssen wir alle, soviel
61 ist klar. Aber dass Konzerne damit Profite machen, Investor*innen mit Leerstand
62 kalkulieren und Vermieter*innen über unser Leben bestimmen - all das müsste
63 nicht so sein. Wir fordern: Vonovia und Co. vergesellschaften. Wohnen ist ein
64 Grundrecht und gehört in die öffentliche Hand. Damit die Wohnungen wieder denen
65 gehören, die drin wohnen!

Begründung

erfolgt mündlich

V2

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 09.03.2024)

Titel: **Stabile Verbandsstrukturen für die Zukunft –
Prüfauftrag an den Landesvorstand**

Antragstext

1 Die Landesmitgliederversammlungen unseres Verbandes sind in den vergangenen
2 Jahren immer weiter gewachsen. Mittlerweile nehmen regelmäßig bis zu 200
3 Personen teil. Es ist toll, dass wir als Verband wachsen und das Interesse an
4 unseren Landesveranstaltungen groß ist. Gleichzeitig stellt uns das auch vor
5 enorme Herausforderungen: Denn während wir wachsen, steigen auch die
6 Anforderungen an unsere Veranstaltungen selbst. Insbesondere die für die Planung
7 und Durchführung erforderlichen finanziellen und organisatorischen Kapazitäten
8 stoßen an ihre Grenzen: Während wir noch 2017 eine Landesmitgliederversammlung
9 mit etwa 7.000€ durchführen konnten, sind die Kosten für Unterkunft, Verpflegung
10 und Tagungsräume bis heute drastisch angestiegen. Diesmal bezahlen wir für
11 unsere Frühjahrs-Landesmitgliederversammlung 36.000€. Das ist im Schnitt ein
12 Anstieg um 340%. Allein im Vergleich zum Vorjahr müssen wir für dieses Jahr mit
13 Mehrausgaben von über 44% nur für die beiden LMV-Wochenenden kalkulieren,
14 während unsere Einnahmen im selben Zeitraum nur um knapp 4% angestiegen sind.
15 Hier treffen uns Inflation und Preissteigerungen hart.

16 Das stellt uns vor existenzielle Fragen, denn unsere finanziellen Möglichkeiten
17 sind schlichtweg ausgereizt. 2025 werden wir uns aller Voraussicht nach zwei
18 dreitägige Landesmitgliederversammlungen, wie wir sie gewohnt sind, nicht mehr
19 leisten können. Denn während die Preise der Häuser weiter ansteigen werden, tut
20 es unser Haushalt perspektivisch nicht. Wir als Landesvorstand und gesamter
21 Verband stellen immer wieder fest, dass unsere Landesmitgliederversammlungen
22 unseren eigenen Ansprüchen nicht genügen - gerade in Fragen von
23 Barrierefreiheit, den räumlichen Gegebenheiten und dem Erlebnis für die
24 Teilnehmer*innen. Das wollen wir so nicht weiter hinnehmen. **Deshalb wollen wir**

25 uns als GRÜNE JUGEND NRW fragen, wie unsere Landesmitgliederversammlungen mit
26 sicheren Ressourcen und als attraktive Veranstaltungen zukunftsfähig angeboten
27 werden können.

28 **Prüfauftrag & Kriterien**

29 **Dafür beauftragt die Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND NRW den**
30 **Landesvorstand zu prüfen, wie die Landesmitgliederversammlungen gestaltet werden**
31 **können.** Dabei sollen die folgenden Kriterien besonders in den Blick genommen
32 werden:

- 33 • **Wir wollen eine demokratische Entscheidungsfindung als Verband, bei der**
34 **alle Mitglieder die Möglichkeit haben, sich aktiv einzubringen und an**
35 **Debatten zu beteiligen!** Landesmitgliederversammlungen sind dabei der Ort,
36 an dem Entscheidungen final getroffen werden. Doch Debatten im Verband
37 müssen bereits davor stattfinden, um eine breite Beteiligung zu
38 ermöglichen.

- 39 • **Wir wollen so inklusive Veranstaltungen wie möglich, an denen alle**
40 **entsprechend ihren Bedarfen teilnehmen können und sich wohlfühlen.** Das
41 betrifft sowohl Fragen von Barrierefreiheit, aber auch
42 Jugendschutzkonzepte. Ebenso soll die Teilnahme mit möglichst geringen
43 finanziellen Hürden verbunden sein und hohe Teilnahmebeiträge vermieden
44 werden.

- 45 • **Wir wollen, dass unsere Landesmitgliederversammlungen mit einer sicheren**
46 **und nachhaltigen Finanzierung gut planbar stattfinden können.** Die
47 **organisatorischen Kapazitäten vom Landesvorstand und der**
48 **Landesgeschäftsstelle sollen nicht weiter überreizt werden.** Die hohen
49 Kosten und der organisatorische Aufwand schränken uns als Verband
50 letztlich in der weiteren politischen Arbeit ein.

- 51 • **Wir wollen, dass unsere Landesmitgliederversammlungen ein**
52 **Verbandshighlight bleiben, auch in die Öffentlichkeit hinein!** Denn rund um
53 die Landesmitgliederversammlungen erreichen wir mit unseren Positionen und
54 Forderungen eine Öffentlichkeit über die GRÜNE JUGEND NRW hinaus.

Ablauf & Beteiligung des Verbandes

56 Der Landesvorstand soll dafür zunächst in **Phase 1** mögliche **Planungsoptionen**
57 **ausarbeiten**. Diese werden anhand der oben genannten Kriterien evaluiert. Über
58 den Arbeitsstand und die Ergebnisse der Prüfung informiert der Landesvorstand
59 bis zur Sommerpause.

60 Nach der Sommerpause sollen in **Phase 2** die **Ergebnisse in den Verband getragen**
61 **und erste Diskussionsräume** eröffnet werden. Dafür nutzen wir insbesondere die
62 bestehenden Schnittstellen zwischen der Landes- und Kreisverbandsebene, wie die
63 Kreisverbands-Landesverbands-Treffen und die Ämtervernetzungen. Den
64 Kreisvorständen kommt in dieser Zeit die Verantwortung zu, die Mitgliedschaft
65 vor Ort informiert zu halten und Stimmungen in den Kreisverbänden aufzunehmen
66 und weiterzutragen.

67 Schließlich folgt **Phase 3**, in der **niedrigschwellige Beteiligungsformate sowohl**
68 **in den Kreisverbänden, wie auch von Landesebene** aus angeboten werden. Der
69 Landesvorstand schafft hier Angebote, die der Breite des Verbandes eine
70 Teilnahme an der Diskussion über die zukünftige Gestaltung der
71 Landesmitgliederversammlung ermöglichen. Ebenso soll er Kreisvorstände dabei
72 unterstützen, diese Debatte vor Ort zu führen.

73 In **Phase 4** erfolgt schließlich basierend auf der vorangegangenen Debattenphase
74 die **Entscheidungsfindung und Beschlussfassung**. Auf der
75 Landesmitgliederversammlung im Herbst 2024 soll der Landesvorstand umfassend
76 über die Ergebnisse des Prüfauftrages wie auch die vorangegangene Diskussion im
77 Verband berichten. Auf dieser Grundlage trifft die Landesmitgliederversammlung
78 im Herbst 2024 eine Entscheidung darüber, wie die Landesmitgliederversammlungen
79 ab dem Verbandsjahr 2025 ausgestaltet werden sollen. Der Landesvorstand wird mit
80 der organisatorischen Vorbereitung verschiedener Optionen für das Jahr 2025
81 beauftragt. Ebenso soll der Landesvorstand den Entscheidungsprozess vor und
82 auf der Landesmitgliederversammlung im Herbst sinnvoll strukturieren.

Begründung

Die Landesmitgliederversammlungen sind laut Satzung das wichtigste beschlussfassende Gremium in der GRÜNEN JUGEND NRW. Sie stellen im Frühjahr und im Herbst wichtige Highlights im Verbandsleben dar. Neben den Wahlen des Landesvorstandes, von Delegierten und Teams, der Beschlussfassung weiterer Anträge, des Haushalts und des Arbeitsprogramms werden unsere Landesmitgliederversammlungen durch ein breites Bildungsprogramm umrahmt, welches zusätzlich zur Versammlung angeboten wird.

Mit der über die vergangenen Jahre gewachsenen Mitgliederzahl und damit auch einer stark gewachsenen Teilnehmendenzahl auf unseren Landesmitgliederversammlungen, sehen wir uns mit einer großen Herausforderung konfrontiert. Denn gleichzeitig sind auch die Kosten für Unterbringung, Tagungsräume und Verpflegung enorm angestiegen. Das liegt sowohl an den generell größeren Veranstaltungen, aber vor allem auch an den drastischen Preissteigerungen. Die Frühjahrs-LMV in Köln kostet mehr als 36.000€. Insgesamt werden wir 2024 für die Landesmitgliederversammlungen über 65.000€ ausgeben. Das sind enorme Summen! Schon jetzt machen diese Kosten über 50% aller Ausgaben für Veranstaltungen aus, die wir im Verbandsjahr durchführen - also neben dem Winter- und Sommercamp, unseren Kreisverbands-Landesverbands-Treffen, Vernetzungs- und Förderangeboten.

Das Problem dabei ist: Die Preise werden weiter steigen, während unsere Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, Mitteln aus dem staatlichen Ring politischer Jugend, sowie Zuschüsse der Partei nicht im gleichen Maße steigen. Auch wenn eine mittelfristige Haushaltsplanung über die kommenden Jahre schwer vorhersehbar ist, können wir Stand jetzt mit keinen großen Steigerungen in unseren Gesamteinnahmen rechnen. Für Landesmitgliederversammlungen beantragen wir schon jetzt das Maximum an möglichen Zuschüssen über den Ring politischer Jugend. Zusätzlich haben wir schlichtweg kein Einsparpotential, wenn wir möglichst vielen Mitgliedern eine gleichberechtigte Teilnahme ermöglichen wollen, die nicht an einen hohen Teilnahmebeitrag oder gar selbstorganisierte Übernachtung und Verpflegung gekoppelt ist.

Dazu kommt: Mit der Größe unserer Landesmitgliederversammlungen kommen nur noch einige wenige Häuser in NRW für uns in Frage. Allein die drei Jugendherbergen in Düsseldorf, Köln und Xanten sowie das Salvador-Allende-Haus in Oer-Erkenschwick haben derzeit noch ausreichend Kapazitäten. Zeitgleich haben aber auch diese Häuser hohe und perspektivisch weiter steigende Preise. Ebenso erfüllen diese Orte unsere Ansprüche an gute und inklusive Tagungs- und Unterbringungsmöglichkeiten nicht. Unsere finanziellen Ressourcen begrenzen so unseren Anspruch, Veranstaltungen so attraktiv und zugänglich wie möglich zu gestalten und auch das Verbandsleben über die Landesmitgliederversammlungen hinaus aufrechtzuerhalten.

Im Jahr 2025 werden wir uns aller Voraussicht nach zwei dreitägige Landesmitgliederversammlungen, so wie wir sie momentan kennen, nicht mehr leisten können. Damit stehen wir vor einer existenziellen Frage, denn die Landesmitgliederversammlungen sind satzungsgemäß und für unsere Verbandsdemokratie sehr relevant. Doch wenn wir uns diese Veranstaltungen nicht mehr leisten können, trifft das die Funktionsfähigkeit des Verbandes ins Herz.

Tun wir nun nichts und gehen einfach ins Jahr 2025, wären wir aller Voraussicht nach gezwungen, bei unseren Landesmitgliederversammlungen drastisch finanzielle Kürzungen vorzunehmen und damit sowohl die Zugänglichkeit, als auch die Beschlussfindung im Verband zu beeinträchtigen. Vor diesem Hintergrund halten wir es für nötig, mögliche Gestaltungsoptionen zu prüfen und eine Diskussion über die Zukunft der Landesmitgliederversammlungen anzustoßen, mit der wir gestärkt und auf sicherer Planung stehend ins Jahr 2025 gehen können.

V3

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Grüne Jugend Bielefeld (dort beschlossen am: 25.03.2024)

Titel: Gesundheit statt Profite!

Antragstext

1 Das Gesundheitssystem wurde in den vergangenen Jahrzehnten systematisch
2 unterfinanziert, sodass nicht nur massenhafte Klinikinsolvenzen in Kauf genommen
3 wurden, sondern auch durch Privatinvestor*innen, Profite auf Kosten unserer
4 Gesundheit gemacht werden.

5 Ambulante oder digitale Behandlungsmethoden treiben das Kliniksterben voran und
6 werden oft als unvermeidliche Modernisierungsmaßnahmen dargestellt, für uns ist
7 jedoch klar: über die Behandlungsmethode entscheiden nicht die Kosten, sondern
8 der Nutzen für die Patient*innen! Ein gutes Gesundheitssystem heißt: Das Wohl
9 der Menschen als oberste Priorität!

10 **Keine pauschalen Patient*innen**

11 Wie die Neoliberalisierung der Kliniken die Qualität der Gesundheitsversorgung
12 immer weiter verschlechtert, zeigt sich besonders am Fallpauschalen-System.
13 Bestimmt werden diese Fallpauschalen, indem für Erkrankungen Kategorien erstellt
14 werden, die anschließend die Verweildauer der erkrankten Person im Krankenhaus
15 entscheidet. Aus diesem Grund tendieren Krankenhäuser dazu, Patient*innen
16 möglichst früh zu entlassen, um den größtmöglichen Gewinn zu erzielen.

17 Eine Alternative? Gibt es! Das Finanzierungsmodell der Selbstkostendeckung wurde
18 bis 1992 angewandt und im Zuge einer stetigen Neoliberalisierung und daraus
19 folgenden Privatisierungen abgeschafft. Bei diesem werden Pflegesätze für
20 Krankenhäuser nach Personal, Sachmitteln und Krankenhausbetrieb berechnet, nicht
21 etwa nach erbrachter Leistung.

22 Wir fordern: Bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung statt Fallpauschalen!
23 Wiedereinführung der Selbstkostendeckung jetzt!

24 **Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen – jetzt!**

25 Katastrophale Arbeitsbedingungen und massiver Personalmangel: nicht zuletzt die
26 Pandemie hat gezeigt, dass in NRW laut Ver.di 20.000 Fachkräfte in
27 Krankenhäusern fehlen. Überstunden, belastungsbedingte Krankheiten und die
28 Konfrontation mit menschenunwürdigen Verhältnissen lassen Pflegekräfte aus dem
29 Job ausscheiden und machen ihn unattraktiv für Ausbildungssuchende.

30 Doch gerade damit die Attraktivität des Berufs wieder steigt, braucht es eine
31 massive Entlastung der Pflegekräfte im Arbeitsalltag und damit mehr Pflegekräfte
32 je Patient*in.

33 Wir fordern: Solidarität statt gesellschaftlichem Druck auf die Pflege: Auch
34 Pflegende dürfen ohne schlechtes Gewissen streiken! Es braucht mehr Personal,
35 Entlastung und mehr Lohn jetzt!

36 Ein Reformversuch wurde 2022 mit dem Tarifvertrag-Entlastung durch die
37 Beschäftigten von sechs Unikliniken in NRW nach wochenlangen Tarifverhandlungen
38 erstritten. Dies war der längste Arbeitskampf in der Geschichte des
39 Gesundheitssystems in NRW. Er legt unter anderem das Verhältnis zwischen
40 Beschäftigten und Erkrankten auf verschiedenen Stationen fest und sieht freie
41 Tage als Belastungsausgleich vor. Die Bilanz des Tarifvertrages ist nach einem
42 Jahr jedoch ernüchternd. Der Vertrag konnte keine signifikanten Veränderungen
43 bewirken: Personalmangel bleibt weiterhin bestehen und die Bewerksstellung des
44 Pflegeaufwands kann nicht, oder nur durch Ausbeutung von Leiharbeiter*innen,
45 eingehalten werden. Das Problem reicht tiefer, unsere Krankenhäuser wurden
46 kaputtgespart: Landesweit besteht ein Investitionsbedarf von 34,6 Milliarden
47 Euro!

48 Wir fordern: Schluss mit oberflächlichen und zögerlichen Veränderungen. Wir
49 müssen unser Gesundheitssystem von Grund auf reformieren. Dafür muss das Land
50 massiv investieren und dafür muss sich NRW auf Bundesebene einsetzen.

51 **Echte Hilfsangebote für alle Krankheiten**

52 Wenn es um das Wohl der Patient*innen geht, bleibt die Situation der Menschen
53 mit psychischen Erkrankungen jedoch ein blinder Fleck. Das Gesetz über Hilfen
54 und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten ermöglicht trotz der Reformen
55 von 2017 weiterhin die drastische Einschränkung der Rechte von Menschen mit

56 psychischen Erkrankungen, besonders in geschützten Psychiatrien, wo
57 Zwangseinweisungen, -medikationen und Fixierungen traurige Realität sind und
58 nicht selten in rechtlicher Entmündigung enden.

59 Menschen mit psychischen Erkrankungen leiden jedoch nicht nur unter einer
60 Stigmatisierung innerhalb des Gesundheitssystems. Auch sind Bereiche wie
61 Psychiatrien und psychotherapeutische Angebote von einer andauernden Verknappung
62 betroffen.

63 Wir fordern: Gesundheitssystem auf Augenhöhe statt Entmündigung! Es braucht
64 einen massiven Ausbau des psychotherapeutischen Angebots.

65 **Gleiches Recht für alle bei der Gesundheitsversorgung**

66 In ländlichen Regionen werden die fehlende Unterstützung des Staates und das
67 Kliniksterben besonders deutlich. Dies erfordert dringend entschlossene
68 Maßnahmen. Die Aufmerksamkeit muss auf die Lage der Bewohner*innen ländlicher
69 Gemeinden gelenkt werden, die zunehmend mit längeren Anfahrtswegen,
70 eingeschränktem Zugang zu Dienstleistungen und einer schlechten Versorgung
71 konfrontiert sind. Gerade auf dem Land verschärft der dortige demografische
72 Wandel in Kombination mit der finanziellen Benachteiligung den Mangel an
73 Gesundheitsdiensten.

74 Neben der Ungleichheit zwischen Stadt und Land können sich nicht mehr alle
75 Menschen die Versorgung leisten und immer mehr ärztliches Fachpersonal zieht
76 Privatversicherte vor. Es braucht einheitliche Regelung und keine Zwei-Klassen-
77 Gesellschaft in der medizinischen Versorgung!

78 Wir fordern: Ob auf dem Land oder mit schmalem Geldbeutel- gute
79 Gesundheitsversorgung für alle überall!

Begründung

Erfolgt mündlich

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Grüne Jugend Köln (dort beschlossen am: 20.03.2024)

Titel: Abgestellt statt eingestellt

Antragstext

1 In Deutschland arbeiten rund 270.000 Menschen in über 700 Werkstätten für
2 Menschen mit Behinderung, ein Großteil davon in NRW. Die Werkstätten sollen
3 Menschen Fähigkeiten vermitteln, um am regulären Arbeitsmarkt teilnehmen zu
4 können. Die Weitervermittlung in den ersten Arbeitsmarkt liegt jedoch bei unter
5 einem Prozent. Inklusion sieht anders aus!

6 **Widerspruch im System beenden!**

7 Dies liegt unter anderem an der Vorgabe zur Wirtschaftlichkeit der Werkstätten
8 und an der sogenannten Ausgleichsabgabe, mit der sich große Unternehmen für
9 wenig Geld von der Pflicht „freikaufen“, Menschen mit Behinderung einzustellen,
10 anstatt strukturelle Änderungen für mehr Inklusion vorzunehmen. Zusätzlich
11 profitieren Unternehmen von der Produktion der Werkstätten durch geringere
12 Kosten und die Möglichkeit, 50% der Ausgleichszahlungen abzurechnen. Diese
13 Strukturen sind mit dem gesetzlichen Inklusionsauftrag der Werkstätten nicht
14 vereinbar.

15 Deshalb fordern wir, dass...

- 16 • die Werkstätten Menschen mit Behinderung dabei wirklich unterstützen, im
17 ersten Arbeitsmarkt tätig zu sein.
- 18 • Barrieren im regulären Arbeitsmarkt abgebaut werden.

- 19
- die Ausgleichsabgabe abgeschafft wird.

20 Langfristig muss für eine konsequente Inklusion das System von Werkstätten für
21 Menschen mit Behinderung ohnehin vollständig überdacht bzw. abgeschafft werden.

22 **Dumpinglohn made in Germany**

23 Während die Beschäftigten ein Werkstättentgelt von 1,46 Euro pro Stunde
24 erhalten, machten die Werkstätten 2022 einen Umsatz von ca. 8 Milliarden Euro.
25 Durch die Ausbeutung von Menschen mit Behinderung können große Unternehmen mit
26 hoher Qualität und dem Siegel „Made in Germany“ werben. Und bei Menschen mit
27 Behinderung, die auf den ersten Arbeitsmarkt vermittelt wurden, werden
28 Zuverdienste und das Weihnachtsgeld mit ihrer Grundsicherung verrechnet.

29 Deshalb fordern wir...

- 30
- eine faire Bezahlung der Beschäftigten, mindestens auf Mindestlohn-Niveau.
- 31
- die angemessene Förderung der Werkstätten durch öffentliche Hand.
- 32
- Erhöhung des Freibetrags auf die Grundsicherung.

33 **Streik ist ein Grundrecht!**

34 Beschäftigte in Werkstätten können keine Gewerkschaften gründen oder ihnen
35 beitreten. Anstelle von Betriebsräten gibt es Werkstatträte mit beschränkten
36 Kompetenzen. Außerdem besitzen die Beschäftigten kein Streikrecht, sodass es
37 ihnen nicht möglich ist, aus Protest gegen vorherrschende Bedingungen, die
38 Arbeit niederzulegen.

39 Deshalb fordern wir...

- 40
- Arbeitnehmer*innenrechte für Beschäftigte der Werkstätten.
- 41
- das Streikrecht für Arbeiter*innen in Werkstätten nach Art. 9 Abs. 3 GG.

Begründung

Erfolgt mündlich.